



Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf
z. Hd. Frau Saeger
Ernst-Bloch-Str. 34
12619 Berlin

FDP Landesverband
Dorotheenstr. 56
10117 Berlin

Telefon: 030 27 89 59 0
Telefax: 030 27 89 59 17
E-Mail: fdp-berlin@fdp.de
31. Juli 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns für das Interesse, das Sie an den politischen Leitlinien der FDP haben, bedanken.

1.

Die FDP weiß, dass eine gute Sozialpolitik mit einer guten Wirtschaftspolitik einhergeht. Nur so sind die Chancen für die Bürger Arbeit zu finden am größten.

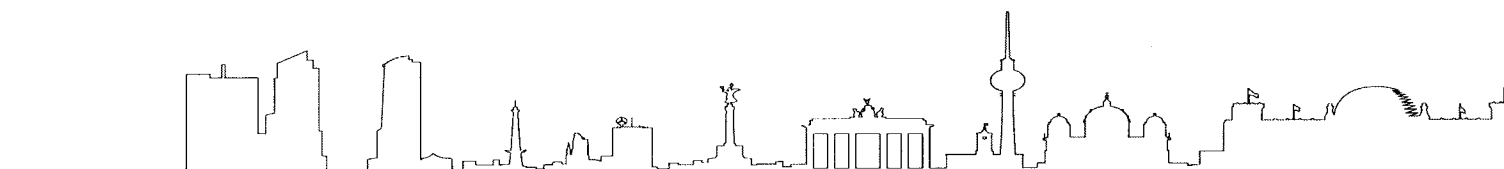
Wir möchten die Schaffung von Arbeitsplätzen erleichtern, indem wir die Investitionstätigkeit durch eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung erhöhen. Denn weniger Abgaben erhöhen die Bereitschaft der Unternehmen, neue Mitarbeiter einzustellen.

Des Weiteren sind wir der Wichtigkeit von Normalarbeitsplätzen bewußt. Diese entlasten unsere Sozialversicherungssysteme spürbar und führen somit langfristig zu niedrigen Lohnzusatzkosten für die Unternehmen.

Ein weiteres Augenmerk der arbeitsmarktpolitischen Arbeit der FDP liegt in der Sicherung und dem Ausbau an Arbeitsplätzen für ältere Menschen. Nicht nur der demographische Wandel der Gesellschaft, sondern auch die immer komplexere Weltwirtschaft machen eine rege Beteiligung von älteren Mitarbeitern, mit ihrem reichen Erfahrungsschatz, unabdingbar.

Um sowohl ein Mindestmaß an finanzieller Selbstbestimmung gewährleisten zu können, als auch nach dem Renteneintritt von den Erfahrungen älterer Arbeitnehmer profitieren zu können, möchte die FDP die **Zuverdienstgrenzen** aufheben.

Die FDP fordert weiterhin den Wegfall aller Altersgrenzen, den Aufbau eines Altersmanagements in den Unternehmen und den Ausbau des lebenslangen Lernens.





2.

Armut und gesellschaftliche Kluften sind ungerecht und eine Gefahr für unseren gesellschaftlichen Frieden. Die FDP sieht ein einfaches, niedriges und vor allem gerechtes Steuersystem vor, in dem es 3 Steuersätze zu 10%, 25% und 35% gibt. Ferner ist eine gezielte Wachstumspolitik der Grundstein für jeden gesellschaftlichen Wohlstandszuwachs. Mit dem Ziel „**Mehr Netto vom Brutto**“ wird die Konjunktur sowohl auf Seite der Verbraucher als auch bei den Unternehmen belebt. Der Wohlstand steigt und die Arbeitslosenquote sinkt.

Eine konsequente Haushaltsdisziplin, in der nur Ausgaben getätigt werden, die auch durch Einnahmen gedeckt sind, verbunden mit dem **Verbot einer Nettoneuverschuldung**, wirkt langfristig gegen eine weitere Vergrößerung des Schuldenberges.

Eine **Vermögenssteuer** lehnt die FDP ab, die **Erbschaftssteuer** möchten wir zu einer echten Ländersteuer machen, so dass regionale Unterschiede – beispielsweise bei Immobilienwerten – besser berücksichtigt werden.

3.

Obwohl die strukturellen Probleme in Berlin und den Neuen Ländern, insbesondere in Hinsicht auf die industrielle Produktion, nicht von der Hand zu weisen sind, stehen wir dem **Aufbau Ost** optimistisch gegenüber.

Standorte wie die Mecklenburgische Seenplatte und Ostseeküste nehmen Führungsrollen in der Tourismusentwicklung Deutschlands ein und Sachsen besticht bereits jetzt durch ein breites Spektrum an Produktionsstandorten, vom Automobilbau bis hin zu hochmodernen Chipfabriken.

Es ist wichtig auf die Menschen zu bauen und eher die staatlichen Investitionen in Bildung zu erhöhen, statt neue Straßen zu bauen. Das Augenmerk der Förderung der Neuen Länder muss also zwangsläufig auf den Bereichen Industrie/Handwerk, Wissenschaft und Bildung liegen, wobei insbesondere mittelständische Unternehmen das Rückgrat einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik bilden.

Die **Rentenangleichung** ist ein gesetztes Ziel der FDP. Im Bundestag wurde bereits ein Antrag eingebracht, der vorsah, diese Vereinheitlichung zum 1. Juni 2010 in Kraft treten zu lassen. Wir werden weiterhin konsequent der Umsetzung nachgehen.

Wir sehen einen Mix aus privater Vorsorge und staatlicher Absicherung als die sinnvollste und individuell beste Altersvorsorge an. Diese muss in persönlichen Notzeiten besser vor staatlichen Übergriffen geschützt werden. Deshalb fordert die FDP, das **Schonvermögen** für private oder betriebliche Altersvorsorge auf 750€ je Lebensjahr zu verdreifachen. Zusätzlich bleibt sonstiges Vermögen bis zu 250 € je Lebensjahr bei Berechnung des Bürgergeldes anrechnungsfrei.

4.

Für eine **generationengerechte Ausgestaltung der Alterssicherung** muss die gesetzliche Rente besser auf die finanziellen Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft vorbereitet werden. Die FDP will die Alterssicherung stärker in Richtung privater Kapitaldeckung umbauen. Die private und betriebliche kapitalgedeckte Vorsorge müssen gestärkt werden, da nur so die Belastungen generationengerechter verteilt werden können. Zwar leben die Menschen immer länger, die Arbeitsfähigkeit ist individuell im Alter aber sehr unterschiedlich. Daher sollen die Menschen ihren Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand auf der Basis einer eigenen Entscheidung und vor dem Hintergrund erworbener Anwartschaften und Versorgungen flexibel und selbständig gestalten können. Die FDP tritt dafür ein, dass die Versicherten ab dem 60. Lebensjahr bei versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen können. Voraussetzung ist, dass ihre kombinierten Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Rente über dem Grundsicherungsniveau liegen.

Die private und betriebliche kapitalgedeckte Vorsorge müssen gestärkt werden, da die gesetzliche Rente in Zukunft nur noch eine Grundversorgung gewähren wird.

Die geförderte private Altersvorsorge in Form der „**Riester-Rente**“ soll für alle Bürger, auch Selbständige, geöffnet werden. Kindererziehungszeiten will die FDP künftig stärker in der kapitalgedeckten Altersvorsorge berücksichtigen. Verträge zum Schutz gegen Erwerbsminderung sollen künftig vollumfänglich von der Riester- oder Basisrentenförderung erfasst werden können. Bisher sind Verträge zum Schutz gegen Erwerbsminderung nur zu einem sehr begrenzten Anteil über diese Wege förderfähig.

Damit sich private und betriebliche Altersvorsorge auch für Geringverdiener lohnen, soll bei der Grundsicherung im Alter die eigene Altersvorsorge nur zum Teil angerechnet werden. Denn wer für das Alter vorsorgt, muss im Alter mehr zur Verfügung haben als derjenige, der nicht vorsorgt. Bis zu 100 Euro monatliches Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge sollen daher bei der Grundsicherung im Alter anrechnungsfrei bleiben, darüber hinausgehendes Einkommen wird zu 60 Prozent angerechnet.

5.

Der **Gesundheitsfonds** ist nach den Maßgaben der FDP aufzuheben. Die Beitragsautonomie der Krankenkassen ist zu erhalten. Es muss sichergestellt werden, dass ihnen die Beitragseinnahmen, die sie zur Deckung ihrer Ausgaben benötigen, direkt zufließen. Der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen muss weiter ausgebaut werden, statt ihn durch eine neue Geldumverteilungsbehörde, den Gesundheitsfonds, abzuwürgen.

Die FDP strebt eine breite Mitte in der Gesellschaft und einen ausgewogenen Wohlstand an. Mitbürger, denen nur existenzhaltende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, sollen auch weiterhin einen Anspruch auf **Härtefallregelungen** im Gesundheitswesen haben. Es darf in der medizinischen Versorgung keine Zwei-Klassen-Medizin geben. Solidarische Unterstützungen sind Grundpfeiler der liberalen Politik der FDP.



Die FDP setzt sich dafür ein, in einem gesellschaftlichen Kraftakt die **Pflegeversicherung** umzustellen auf ein System, das den Bürgern größtmögliche Freiheiten bei der Gestaltung ihres Versicherungsschutzes lässt, das Ihnen die Möglichkeit gibt, die Leistungen, die sie im Pflegefall aus der Versicherung erhalten, so einzusetzen, wie es für sie und ihre pflegenden Angehörigen am besten ist. Der dann einsetzende Wettbewerb wird dafür sorgen, dass sich die Anbieter kundenorientiert verhalten. Die Pflegeversicherung soll für eine finanzielle Grundausstattung sorgen, nicht aber bis ins Kleinste bestimmen, wie häufig ein Pflegebedürftiger Anspruch z. B. darauf hat, gekämmt oder gewaschen zu werden. Zusammen mit dem Abbau von Bürokratie verändern diese Maßnahmen die Stellung von Pflegebedürftigen und Angehörigen, die sich nicht mehr als Objekte eines weitgehend planwirtschaftlich organisierten Pflegesystems sehen müssen, sondern als Mittelpunkt und auswählende Kunden in einem humanen Pflegemarkt auftreten können. Hierdurch sind auch Effizienzgewinne möglich. Darüber hinaus muss die Finanzierung der Pflegeversicherung so umgestellt werden, dass Änderungen im Bevölkerungsaufbau keine Rolle mehr spielen. Die Pflegeversicherung muss aus der demographischen Falle befreit, der im bisherigen Umlagesystem für die nächsten Jahrzehnte drohende dauerhafte Anstieg der Beitragssätze verhindert, eine gute Qualität der Pflege dauerhaft gewährleistet und eine faire Lastenverteilung zwischen den Generationen erreicht werden.

6.

Wir befürworten ausdrücklich neue, **innovative Formen des Wohnens für ältere Menschen**.

So haben Seniorenwohngemeinschaften das Potential, die Selbstständigkeit älterer Menschen zu erhalten und sie weiter auszubauen. Desweiteren können psychische Probleme, wie Einsamkeit oder das Gefühl des Nichtgebraucht-Werdens in diesen Wohnformen minimiert werden. Ferner unterstützen wir auch das betreute Wohnen, welches ähnlich konzipiert ist und zusätzlich von qualifiziertem Fachpersonal geleitet wird. Häusliche Pflegedienste sind eine dritte Alternative für das selbstständige Wohnen und erfreuen sich immer größer werdender Beliebtheit. Auch diese unterstützen wir.

Die FDP weiß, dass Fachärzte mit geriatrischen und gerontopsychiatrischen Kenntnissen mehr gebraucht werden. Die Forschungsmittel für **Gerontologie, Geriatrie und Alterspsychologie** sind aufzustocken, um die entsprechenden Kenntnisse bei Ärzten und medizinischem Personal zu verbessern.

7.

Wir wollen, dass jeder Bürger frei entscheiden und über die Zukunft unseres Landes mitbestimmen kann. Dazu zählen selbstverständlich auch **Seniorenvertretungen**, in denen gemeinsame Interessen von älteren Menschen gebündelt und an die Öffentlichkeit getragen werden. Wir unterstützen diese Vereinigungen grundlegend.

Soziale Mitwirkung, Selbsthilfe und Ehrenamtlichkeit sind wichtige Grundpfeiler unserer Gesellschaft und werden zu einem großen Teil von älteren Menschen getragen. Es ist von großer Bedeutung, diese Leistungen angemessen zu würdigen und schätzen zu lernen, denn sie werden leider viel zu oft als selbstverständlich hingenommen.

Die soziokulturellen Tätigkeiten sind ein wichtiger Bestandteil unserer Berliner Gesellschaft. Wir wissen, wie schwer es ist diese zu finanzieren und werden auch weiterhin versuchen eine Unterstützung durch Fördermittel zu gewährleisten.

Um eine aktivere Nutzung des Seniorenmitwirkungsgesetzes zu erlangen, müssen wir lernen, wie



wichtig die Erfahrungen und das Wissen der älteren Menschen sind und beginnen, diese mit in unsere alltäglichen Entscheidungen einzubeziehen. Wir müssen verstehen, dass wir von einer Teilhabe der Älteren profitieren und sie uns Wege aufzeigen können, die uns sonst verschlossen geblieben wären. Es muss also ein breites Verständnis für die **Beteiligung von Senioren im Alltag** geschaffen werden.

8.

Freiwilliges Engagement und Ehrenämter werden zusehends wichtiger.

Wir Liberale unterstützen private Hilfe auf allen Ebenen und fördern stets die Übernahme an Verantwortung für sich selbst und seine Mitmenschen.

Eine Anerkennung von der Ausübung von Ehrenämtern muss sowohl sachlich, in Form von Zeugnissen und Belegen, als auch gesellschaftlich durch Zuspruch und Dank geschehen.

Die Hürden für ältere Menschen mit Migrationshintergrund und mit Behinderung sind restlos abzubauen. Jeder Mensch hat das Recht sich selbst zu verwirklichen gemäß seinen Vorstellungen und Fähigkeiten, ohne Berücksichtigung von Alter, Herkunft oder gesundheitlicher Verfassung.

Eine besondere Förderung benachteiligter Gruppen ist für die FDP obligatorisch.

Die Mittel für öffentliche Fördermaßnahmen von gemeinnützigen Vereinen und Organisationen sind leider beschränkt. Bei der Vergabe muss stets darauf geachtet werden, die Gelder fair und gleichmäßig zu verteilen. Es können aber aufgrund des Gleichheitsprinzips Vereinigungen, in denen vorwiegend ältere Menschen arbeiten, nicht anderen Organisationen vorgezogen werden.

Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters sind eine nichthinnehmbare Mißachtung des Grundgesetzes und wir werden mit allen Mitteln dagegen vorgehen, die uns zur Verfügung stehen. Die Vergabe eines Amtes oder einer Anstellung sollte niemals aufgrund des Alters getroffen werden. Vielmehr spielen Qualifikation und Erfahrung eine Rolle, wonach auch älteren Menschen das Recht auf gewisse Tätigkeiten zugesprochen werden sollte.

Wir hoffen Ihnen mit unseren Positionen geholfen zu haben und wünschen Ihnen weiterhin alles Gute und viel Erfolg

Mit freundlichen Grüßen

Sibylle Meister
Landesgeschäftsführerin